

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Sched.-Konto: Hannover 17013 | Der Abonnementspreis beträgt durch Post bezogen monatlich 75 Goldpfennig | Verantwortlich für den Inhalt: Herr Limberg, Essen; Druck: G. Hansmann & Co., Bochum; Telefon Nr.: 4300, 4301, 4302
Sched.-Konto: Essen 24171 | Anzeigenpreis: Die Nebenspaltenzeile oder deren Raum 10 Goldpfennig | Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Biemelhauer Straße 38-42 | Telegramm: Arbeiterverband Bochum

Die soziale Not der Bergarbeiter!

Ein Appell der Bergarbeiterverbände. — Die soziale Not der Bergarbeiter vor dem Preußenparlament. — Kamerad Busemann klagt an!

Der preussische Landtag beriet am 1. Oktober eine große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion, was die Regierung zur Frage der Bechenstilllegungen an der Ruhr getan habe und angesichts der katastrophalen Lage nach zu tun gedenke. Kamerad Busemann begründete die Anfrage.

Kamerad Busemann

führte aus:
Im südlichen Ruhrgebiet spielen sich zurzeit Vorgänge ab, wie wir sie vor 20 Jahren erlebt haben. Damals, in den Jahren 1903 und 1904, wurde die Bevölkerung des südlichen Ruhrgebiets durch die Verhinderung einer ganzen Reihe von Gruben, die nach Auffassung nicht nur der Bevölkerung, sondern auch von Sachverständigen noch ausbeutungsfähig waren, stillzulegen, beunruhigt. Es spielte dabei besonders mit, daß am 31. Oktober 1903 der Syndikatsvertrag des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats geändert worden war. So bemühten sich die nördlichen Bechen, die innerhalb des Syndikatsvertrages nicht so viel fördern und absetzen konnten, wie es ihren technischen Einrichtungen entsprach, die Gruben im südlichen Ruhrgebiet aufzukaufen, sie stillzulegen und die Belegstellen auf die nördlichen und leistungsfähigeren Gruben zu übertragen. Es kamen damals 13 Bechen mit ungefähr 15.000 Arbeitern in Frage, die von der Bechenstilllegung ereilt wurden.

In einer ähnlichen Lage wie im Jahre 1904 befinden wir uns heute wiederum. Ich habe schon in meiner Rede vom 26. Mai d. J., als wir uns mit der großen Aussperrung und dem Tarifkampf im Ruhrgebiet beschäftigten, darauf hingewiesen, wie ungemein schädlich die ständige Verunsicherung der Bergarbeiter auf die Leistungen wirkt, wie dadurch schließlich die Ausbeute, die Steigerung der Förderung im Ruhrgebiet geschädigt würde. Kaum war die Aussperrung vorbei, da ging es von neuem los: der Bechenverband wies darauf hin, daß es notwendig sei, eine Neuordnung der Lohnordnung herbeizuführen. Als die Verhandlungen zu keinem Ergebnis kamen, wurde zur Kündigung der Lohnordnung geschritten. Dann kamen Arbeiterkündigungen Schlag auf Schlag.

In den letzten Monaten sind 27 Gruben mit 8182 Mann Belegschaft völlig stillgelegt worden.

(Hört, hört!) Unter diesen 27 Bechen befinden sich auch Werke, die gut ausgehauert sind, die man nicht als schlecht bezeichnen kann und die auch entsprechende Leistungen zu verzeichnen haben.

Aber nicht nur die Stilllegungen von ungemein günstig arbeitenden Werken kommt in Frage, sondern in der letzten Zeit hat die Deutsche-Lugemontsche Bergwerks- und Hütten-A.G. angekündigt, daß zum 15. d. M. auf den Bechen Tremontia in Dortmund, Kaiser Friedrich in Warop, Glückauf-Ziesbau in Hindenburg, Dammannbaum I u. II in Bochum und Friedrich Rückard in Linden-Talbauhen am 1. d. M., also heute, weitere 5900 Mann gekündigt werden sollen. (Hört, hört! links.) Zu den 8200 kommen also noch weitere 5900 Arbeiter hinzu, so daß wir mit 13.700 Arbeitern zu rechnen haben, die entweder jetzt schon arbeitslos und brotlos sind oder es am 15. Oktober werden.

Nun muß man sich doch fragen: Welche Gründe sind für dieses Vorgehen maßgebend? Es haben Verhandlungen darüber stattgefunden zunächst zwischen dem Bechenverband und den Bergarbeiterorganisationen. Diese Verhandlungen hatten seitens des Bechenverbandes zum Ziel, die Zahl der Randbechen, die unter dem Tariflohn entlohnen dürfen, von 12 auf 8 zu erhöhen. Ferner sollte der Prozentsatz, der bis zum 1. September 4 Prozent betrug, auf 10 bis 15 Prozent erhöht werden. Es sollte also den Bechen die Möglichkeit gegeben werden, 10 bis 15 Prozent unter dem vereinbarten Tariflohn entlohnen zu dürfen. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis und es kam zum Schiedsspruch vom 21. August. Dieser bestimmte, daß 26 Bechen mit 41.120 Mann Belegschaft 5 Prozent und 13 Bechen mit 7945 Mann Belegschaft 8 Prozent unter dem Tarif entlohnen dürfen, das sind zusammen 49.065 Mann, denen der Lohn im Durchschnitt um 32 Pf. pro Schicht niedriger gehalten werden darf, als der Tarif es vorseht.

Das Ziel der Unternehmer geht zweifellos dahin, die Zahl der Bechen, die als südliche Randbechen bezeichnet worden sind, noch zu vergrößern und den Prozentsatz des reduzierten Lohnes noch zu erhöhen. Schließlich geht das Ziel der Unternehmer darauf hinaus, die Arbeitszeit, die nach dem Tarif und nach dem Schiedsspruch einschließlich der einen Stunde Mehrarbeit acht Stunden unter Tage und über Tage im allgemeinen zehn Stunden zuzüglich der Pause von zwei Stunden, also zwölf Stunden, beträgt, vor allem aber für die Untertagearbeiter noch weiter zu verlängern.

Ich habe ein amtliches Protokoll vor mir liegen über Verhandlungen, die am 27. August d. J. in Anwesenheit der Stilllegung der Bechen Hamburg-Ringeltaube, Franziska und Vereinigte Wiendahlbank stattgefunden haben. Aus diesem Protokoll geht mit aller Deutlichkeit hervor, was die Unternehmer wollen. Bergassessor Becker von der Zeche Wiendahlbank als Vertreter von Deutsch-Lugemont erklärte: „Wir haben nur eine Durchschnittsleistung von 0,7 To., wir brauchen aber 0,85 To. Durchschnittsleistung pro Arbeiter und Schicht. Dauernb kann die Zeche nicht Zuschußleistungen sein. Durch Abfall und Kreditgewährung und durch Arbeit die ganze Woche hindurch ist uns nicht geholfen.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Bergassessor Becker sagte zum Schluß:

„Es gibt nur ein Mittel: Neun Stunden Arbeit! Dann erhalten wir die Leistung und der Betrieb kann sofort wieder eröffnet werden und alle Not ist beseitigt.“

Direktor König von der Selskinder Bergwerks-A.G., der die Werke Hamburg und Franziska leitet, sprach sich in ähnlichem Sinne aus. Bei den Verhandlungen und in der Presse ist oft gesagt worden, daß die Abhängigkeiten und die Wertstilllegungen erfolgt seien einmal wegen der Absatzschwierigkeiten und zum anderen wegen Unrentabilität. Wenn Absatzschwierigkeiten eine Rolle spielen, so meine ich, können sie doch nicht durch Verlagerung der Arbeitszeit von acht auf neun Stunden

Gründe mit ausschlaggebend sein, die die Bechen bestimmen, so vorzugehen, wie ich es bereits geschildert habe und weiter schildern werde.

Ist denn nun eigentlich auf den genannten Bechen die Leistung so schlecht, wie es oft hingestellt wird? Aus der Fülle des Materials, das mir zur Verfügung steht, will ich nur einiges herausgreifen. Ich nehme die Zeche, die Herr Bergassessor Becker leitet, die Zeche Wiendahlbank.

Auf Zeche Wiendahlbank betrug nach den Feststellungen, die wir gemacht haben, im April 1914 bei 8 1/2 stündiger Arbeitszeit die Stundenleistung 1,6 To., im April 1924 bei 8 Stunden Arbeit 1,745 To. (Hört, hört! bei den Soz.) Also 0,115 To. ist die Stundenleistung auf

dieser Zeche im April 1924 höher gewesen, als im April 1914! Wenn ich die Stundenleistung nehme, dann ergibt sich, daß im April 1914 im Durchschnitt der Bauer pro Stunde 0,115 To. leistete und im April d. J. 0,215 To. Auch der Gesamtdurchschnitt ist nicht so schlecht, wie es hingestellt wird. Wir haben die Zahlen vom April 1914 und Februar und März 1924 zur Verfügung. Im April 1914 war die Gesamtdurchschnittsleistung auf Wiendahlbank 0,797 To., im Februar d. J. 0,849 To., im März 0,793 To. Die übrigen Monate in diesem Jahre sind etwas schlechter. Da spielen verschiedene Momente eine Rolle, und zwar einmal die Stämme mit den Tarifverträgen im April, zum anderen die Aussperrung im Mai, die auf die Erreichung der Leistung nicht nur im April wirken mußten, sondern auch in den späteren Monaten.

Bergarbeiter! Kameraden!

Die an den Tarifverträgen im Bergbau beteiligten Arbeitnehmerverbände übergeben der Öffentlichkeit nachstehenden Appell:

Not und Glend laffen über der Bergarbeiterbevölkerung. Die Lebenshaltung der Bergarbeiterfamilien wird durch die sprunghafte Preisentwicklung auf dem Lebensmittelmarkt, durch die Verteuerung von Brot, Fleisch, Kartoffeln, Schmalz usw. immer tiefer gedrückt.

Die Reichsregierung hat bereits vor einigen Wochen eine Preissenkung eingeleitet. Welche Wirkung hat sie gehabt? Statt einer Preislenkung trat eine weitere Verteuerung der Lebenshaltungskosten ein. Dabei sind die Gütersteuern ermäßigt worden. Die Zollstrafen bzw. Zollabgaben sind fortgefallen. Auch die Umsatzsteuer wurde gesenkt. Mehrere Male wurden die Kohlenpreise herabgesetzt und noch immer nicht macht sich eine Wirkung all dieser Maßnahmen auf dem Lebensmittelmarkt bemerkbar.

Die Lohnverhältnisse der Bergarbeiter müssen unter diesen Umständen als völlig ungenügend betrachtet werden. Infolge der immer schwieriger werdenden sozialen Lage kamen die Vorstände der an den Tarifverträgen beteiligten Arbeitnehmerverbände zu dem Entschluß, vorbereitende Maßnahmen zu treffen, um ein noch weiteres Abwärtsgehen der bisherigen zu geringen Reallohnes der Bergarbeiter gegenüber den Lebenshaltungskosten zu verhindern. Nach eingehender Würdigung aller in Betracht kommenden wirtschaftspolitischen Momente kamen jedoch die Organisationsleitungen einstimmig zu dem Beschluß, in der Lohnfrage für diesen Monat die bisher eingensinnige abwartende Haltung nicht aufzugeben. Ein offensives Vorgehen der Arbeitnehmerverbände in dieser Stunde könnte sich angesichts der noch nicht geklärten Lage auf dem Wirtschaftsmarkt, insbesondere dem der Bergbauindustrie, als eine verfehlte Maßnahme erweisen, die bei ihrem Mißlingen den Bergarbeitern Opfer auferlegen würde, welche für einen besseren und aussichtreichereren Zeitpunkt zurückgehalten werden müssen.

Sollten sich aber im Laufe des Monats Oktober keine wesentlichen Preislenkungen bemerkbar machen, so werden die Arbeitnehmerverbände eine entsprechende Erhöhung der Löhne für die Bergarbeiter fordern.

Um dem Bergarbeiterstand, den Bergarbeiterfamilien menschenwürdige Existenzbedingungen zu verschaffen, werden sich die Verbände mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß die Löhne der Bergarbeiter der Teuerung angepaßt werden.

Kameraden, ihr müßt heute schon rüsten! Mit einer schwach organisierten Bergarbeiterchaft würde es nicht möglich sein, die notwendigen Maßnahmen so wirksam durchzuführen, wie es im Interesse der hart um ihr Dasein ringenden Bergarbeiter notwendig ist. Dem wohlgerüsteten Unternehmertum muß eine schlagsfertige Organisation der Bergarbeiterchaft gegenüberstehen.

Kameraden! Uns Werk! Stellt die volle Kampfkraft her! Rüttelt die Säulen auf! Weist allen Löwen, den Unorganisierten, den Weg, den die Bergarbeiter gehen müssen, wenn sie Erfolg in ihren Arbeitskämpfen haben wollen.

Für die freien Gewerkschaften:
Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

Für die christlichen Gewerkschaften:
Gewerksverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

Für die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine:
Gewerksverein H.-D., Abteilung Bergarbeiter.

Für die Polnische Berufsvereinigung:

Bei der Berechnung der geforderten Kohle läßt allerhand Schlüsse zu. Die Wagen der Zeche Wiendahlbank sind zu 0,75 To. geacht. Bei der Berechnung der Rechnung werden aber nur 0,65 To. in Rechnung gebracht. Dadurch wird doch zweifellos der Leistungseffekt herabgedrückt und so oder so ein für den Arbeiter schlechteres Ergebnis ergibt, als es in Wirklichkeit ist. Wir haben auf Wiendahlbank auch die eigenartige Erscheinung zu verzeichnen, daß mehr Kohlen verkauft werden konnten, als nach dem Journal gefördert worden waren. (Hört, hört! bei den Soz.) Das kann natürlich nur dadurch geschehen, daß die Wagen, die zu 0,75 To. geacht sind, voll geladert und mit nur 0,65 To. in Rechnung gebracht wurden.

Aber auch die Berechnung der geforderten Kohle läßt allerhand Schlüsse zu. Die Wagen der Zeche Wiendahlbank sind zu 0,75 To. geacht. Bei der Berechnung der Rechnung werden aber nur 0,65 To. in Rechnung gebracht. Dadurch wird doch zweifellos der Leistungseffekt herabgedrückt und so oder so ein für den Arbeiter schlechteres Ergebnis ergibt, als es in Wirklichkeit ist. Wir haben auf Wiendahlbank auch die eigenartige Erscheinung zu verzeichnen, daß mehr Kohlen verkauft werden konnten, als nach dem Journal gefördert worden waren. (Hört, hört! bei den Soz.) Das kann natürlich nur dadurch geschehen, daß die Wagen, die zu 0,75 To. geacht sind, voll geladert und mit nur 0,65 To. in Rechnung gebracht wurden.

Es ist auch vielfach darauf hingewiesen worden, daß die Waagertochten vor allen Dingen von der Stilllegung ereilt würden. Herr Direktor König von Zeche Hamburg und Franziska, der Vertreter der Selskinder Bergwerks-A.G., hat am 26. Juni bei Verhandlungen folgendes gesagt:

„Wir glauben nicht daran, daß die Waagertochte jemals wieder auf dem Markt konkurrenzfähig wird. Da nun die Bechen Hamburg und Franziska nur Waagertochte haben, haben wir lange im Vorhande beraten, ob es nicht richtig wäre, die beiden Bechen vollständig stillzulegen und verkaufen zu lassen. Wir haben uns aber im Vorhande zu dem Entschluß durchgerungen, die Waagertochte im Betrieb zu lassen, um bei gegebener Gelegenheit unseren Betrieb wieder aufnehmen zu können.“

Nach dem, was Herr Direktor König dann am 23. August, also vier Wochen später, gesagt hat, wo er den Ausführungen des Bergassessors Becker zustimmte, heißt es: „Es zweifelt sich, daß, wenn die Arbeitszeit unter Tage von acht auf neun Stunden verlängert werden würde, dann auch wieder die Bechen Hamburg und Franziska aufgemacht werden, also die Konkurrenzfähigkeit der Waagertochte wieder bewiesen werden würde.“

Die Zeche Deutschland hatte im Juli d. J. an Selbstkosten, an Löhnen und allem, was damit zusammenhängt, einen Aufwand von 13,30 Mk. pro Tonne. Der Durchschnittspreis pro Tonne betrug aber im Juli 18,49 Mk. (Hört, hört! bei den Soz.) Selbst wenn, was schließlich unter diesem Durchschnittspreis abgeachtet werden mußte, so glaube ich doch, sagen zu können, daß auch jetzt noch die Möglichkeit besteht, die Zeche Deutschland weiter zu betreiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Zeche Kaiser Friedrich in Warop ist eine modern ausgebaute Zeche mit zwei Fördermaschinen. Sie besitzt zwei Batterien Molsanlagen mit je 100 bzw. 120 Tellen. Ein Teil der Tellen muß umgebaut werden. Dadurch wird aber der Betrieb der neuen Anlagen nicht in Frage gestellt. Die Leistung auf dieser Zeche unter Tage betrug im August d. J. 1,105 To. und für die Gesamtbelegschaft 0,68 To. Auch hier hat man bis zum November v. J. ein eigenartiges Verfahren angewandt, das dem auf Wiendahlbank ähnlich ist. Die Wagen, die mit 0,73 To. geacht sind, wurden nur mit 0,60 To. angerechnet. (Hört, hört! bei den Soz.) Erst auf den Protokoll der Betriebsrats hat man diese Ungerechtigkeit beseitigt und es ist eine Änderung eingetreten. Die Zeche Kaiser Friedrich kann in den Molsanlagen so viel Feinkohle verwerten, daß die Zeche selber nicht in der Lage ist, diese Mengen zu liefern. Deshalb werden von anderen Bechen Feinkohlen zur Verfeuerung nach Zeche Kaiser Friedrich gebracht. Die Zeche liefert den Rest an das der Deutsch-Lugemontsche Bergwerks-Gesellschaft gehörige Eisenwert Union in Dortmund. Also beide Werke, Zeche und Eisenwert, gehören einer A.G. Bei der Berechnung der Molsmengen, die nach der Union geliefert worden sind, ist man nun wie folgt verfahren:

Die Koksstößen, die zum Transport des Koks auf den Selbstbahnen verwendet wurden, sind mit 0,555 To. geacht; angerechnet wurden aber nur 0,375 To.

(Hört, hört! bei den Soz.) Man hat auf diese Weise dem Eisenwert Koks zugeführt, für das eine Bezahlung an die Zeche nicht geleistet wurde. Das Eisenwert kann gut arbeiten, weil es ja billigen Koks bekommt, den es nicht zu bezahlen braucht. Nur ein Teil von dem, was geliefert wird, wird nachher verrechnet, und so wird die Zeche unrentabel gemacht. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Auf diese Weise hat man einen Grund, um in der Öffentlichkeit zu erklären, die Zeche sei nicht rentabel und deshalb müßten am 1. Oktober 800 Arbeiter gekündigt werden.

Bei derartigen Vorgängen darf man es den Betriebsräten und den Vertretern der Bergarbeiterorganisationen nicht verargen, wenn sie in die Angaben der Bechenbesitzer bei den Verhandlungen erhebliche Zweifel setzen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bei den Verhandlungen am 27. August wurde dem Bergassessor Becker erklärt, daß den Vertretern der Organisationen und der Betriebsräte das Material vorgelegt werden müßte, damit es von dieser Seite nachgeprüft werden könne. Herr Becker sagte einfach, daß die Bestger dazu nicht gewillt wären. Die Herren von der Schwerindustrie und vom Bergbau haben die Interessen der Bergarbeiter nicht im Auge. Sie verlangen darum, daß sich auch die Behörden und die Regierungsstellen

Die Arbeitervertreter haben nicht immer feststellen können, daß die Vertreter des Oberbergamts in Dortmund volles Verständnis für die Gründe, die die Arbeitervertreter vorgebracht haben, gehabt hätten.

Wenn die Herren Oberbergamt Rifferting und Oberbergamt Welle auch die Auffassung vertreten, daß legten Endes nur eine Verlängerung der Arbeitszeit helfen könne, dann man doch nicht verlangen, daß die Bergarbeiter zu solchen Herren Vertrauen haben.

(Sehr richtig! bei den Soz.)

Ich glaube, es wäre Aufgabe der Vertreter der Bergbehörde, einmal etwas schärfer nachzugehen und mehr darauf zu bestehen, daß zu der Prüfung der Unterlagen, des Materials, das den Behörden zur Verfügung gestellt wird, auch Vertreter aus den Betrieben und den Gewerkschaften herangezogen werden, um so eine einwandfreie Feststellung zu ermöglichen.

Die Bergarbeiter leisten unter Tage eine Stunde Ueberarbeit und mehr.

Man glaubt, daß durch Vorgänge, wie wir sie jetzt im Ruhrrevier haben, wo man, daß durch Vorgänge, wie wir sie jetzt im Ruhrrevier haben, wo 13- bis 15.000 Bergleute entlassen sind oder in den nächsten Tagen entlassen werden und noch weitere Kündigungen von Bergarbeitern in Aussicht stehen, wenn Abfall und Leistungen nicht besser werden, auf die Bergarbeiter in günstiger Weise einwirken zu können?

Ans allen diesen Gründen frage ich die Staatsregierung:

Ist das Staatsministerium bereit, Auskunft zu geben über die Schritte, die es zur Eindämmung dieser Entwicklung bisher getan hat oder mit möglicher Beschleunigung zu tun gedenkt?

Bei der Beantwortung ist auch daran zu denken, daß die Bergleute des Ruhrgebiets, besonders des südlichen Gebiets, die größtenteils hoheländisch sind und nicht so leicht von der einen Seite des Ruhrgebiets nach der anderen verfrachtet werden können, weil sie vielfach ihr Häuschen und ihr Land haben.

Bei der Beantwortung mag der Minister in den Vordergrund stellen, daß das Allgemeinwohl über dem Privatbesitz stehen muß.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Nur wenn das geschieht, wird die Bevölkerung des Ruhrgebiets, werden die bedrohten Gemeinden, die vor dem Ruin stehen, weil sie ihre Aufgaben bei den fortwährenden Zechenstilllegungen nicht erfüllen können, wird die Bergarbeiterschaft einsehen, daß die Staatsregierung gewillt ist, dem Allgemeinwohl gegenüber der privatkapitalistischen Interessenwirtschaft zum Siege zu verhelfen.

Der Handelsminister beantwortete die Anfrage, indem er die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Abgabeverhältnisse schilderte, berichtete über die Teilnahme der Bergbehörden an den Stilllegungsverhandlungen, glaubte aber nicht, daß gesetzlich Stilllegungen verhindert werden könnten.

Während Martin (d-nat) als Wittner und Garich (Ztr.) als christlicher Gewerkschafter die Stilllegungsmasche bekämpften, suchte Dr. Finkernell (D. Volksp.) sie wirtschaftlich zu erklären. Kleine Gruben müssen stillgelegt werden, bei den größeren handle es sich nur um Entlassungen und nicht um Stilllegungen.

Der Kommunist Sobotta richtete seine Angriffe fast nur gegen die Sozialdemokraten und den Bergarbeiterverband, denen er unter Beibehaltung dieser Unwahrheiten und Falschheiten alle Schuld an den jetzigen Zuständen zuschob.

Kamerad Limbertz

nahm daraufhin Veranlassung, mit diesen kommunistischen Schimpfaposteln abzurechnen. Er zitierte von dem, was die KPD an gemeinen Schimpfereien und an Morbhege sich während des Kampfes geleistet hat. Die Kommunisten veruchten dabei, durch Zwischenrufe den Anschein zu erwecken, als ob Limbertz den „Ausbruch“ Gefindel auf Bergleute bezogen hätte, während er in Wirklichkeit nur gesagt hatte, wer solche Morbhege bejuble, gehöre zum Gefindel, mit dem man sich ernsthaft nicht auseinandersetzen könne.

Zur Erläuterung der Ausführungen Suijmanns über die Verzinsung unserer Kohlenförderungsmenge sagte Limbertz noch: Auf den Staatszwecken wurde der Stolz zu den Koksöfen hingekleidet und gewagt: Wir haben da sechs Oefen, jeder Ofen faßt 10 T., also eine einmalige Beschädigung der Koksöfen erfordert 60 T. Kohlen. Da sagen die Betriebsräte: Das stimmt nicht, dazu gehören viel mehr Kohlen, die Kokserei muß mit mehr Kohlen belastet werden.

Auf den Bergwerken im Reddinghauser Bezirk war es im vorigen Jahre noch üblich, daß dem Betriebsrat und dem Angehörigenrat die Sachhaltsergebnisse vierteljährlich vorgelegt wurden. Das ist heute nicht mehr üblich. Der Betriebsrat bekommt sie nicht mehr. Er wünscht sie aber wieder, weil er nur dann die Möglichkeit hat, die Selbstkostenberechnungen oder Selbstkostenbogen auf einzelnen Schichtanlagen richtig zu würdigen.

fliehen, verschwinden. Man erfährt davon nichts. Aber wenn wir über solche Frage sprechen wollen, ob die Betriebe rentabel sind oder nicht, so muß Wahrheit über diese Frage herrschen.

Der Selbstverbrauch wird immer viel zu hoch angegeben, auch wenn man von der allgemeinen Verschleierung der Fördermenge absteht. Im Staatsbergbau rechneten wir im vorigen Jahre mit 11 Prozent Selbstverbrauch. Wir hatten einzelne Schichtanlagen, die mit 8 Prozent rechneten. Das war der mengenmäßige Verbrauch, und das ist natürlich eine falsche Schätzung.

klarheit und Wahrheit müssen wir aber in diesen Fragen haben, dann ersparen wir uns Streit und schaffen Vertrauen zu den Produktionszahlen.

In England versteht man die Nationalisierung der Wirtschaft anders. Lloyd George fordert in seinem neuen Buch „Coal and Power“: Der Arbeiter muß ein Stimme in der Industrie haben.

Ich will noch einige Zahlen aus der englischen Bergbauindustrie anführen, um zu zeigen, daß in diesen Fragen in Deutschland nicht immer die Wahrheit gesagt wird und wir nicht die Realität hatten, die Wahrheit zu finden.

Tatsächlich sind die englischen Bergarbeiterlöhne doppelt so hoch wie die deutschen.

(Sehr richtig! bei d. Soz.) Tatsächlich ist weiter die Durchschnittsleistung des englischen Bergmanns kaum über 900 Kilo hinausgegangen, im vorigen Jahre 935 und in diesem Jahre in den letzten Monaten erheblich weniger. Es ist fast kein Unterschied gegenüber dem deutschen, insbesondere dem Ruhrbergbau.

Der Lohnanteil in England betrug 1923 65 bis 76 Prozent der Selbstkosten, in Deutschland beträgt er nur 42 bis 46 Prozent!

Aber woher hat man in England denn einwandfreie Zahlen über die Selbstkosten?

Das ist es, worauf ich insbesondere auch die Aufmerksamkeit des Herrn Handelsministers lenken möchte. Es gibt in England etwas, das in Deutschland gar nicht bekannt zu sein scheint, und das sind große Bogen, große Statistiken über die Höhe der Selbstkosten im englischen Bergbau mit einer Unmenge von Unterabteilungen. Es findet man Holz- ausbaukosten, Reparaturen, sonstige Kosten, Gehälter der höheren Beamten, der mittleren Beamten, jeder Kleinigkeit in Dutzenden von Spezifikationen zerlegt über die Selbstkosten im Bergbau.

Die Debatte im Landtag konnte ein direktes praktisches Ergebnis nicht haben. Die sozialdemokratische Anfrage wurde dem Handels- und Gewerbeausschuß überwiesen, wo unsere Kameraden Gelegenheit haben, praktische Anträge zu stellen.

Der Fernruf an unsere Zentrale in Bochum muß ab 1. Oktober auf die Nummern 4300, 4301 oder 4302 erfolgen. Die Nummern 88, 89 und 98 sind für unsere Zentrale gestrichen.

Kapitalprofit oder Volkswohl?

Vor Naturgewalten sucht sich der Mensch mit allen Mitteln zu schützen. Alle Mittel der Technik helfen ihm gegen Gewitters-, Feuers- und Wasserrisik. Früher regelmäßige Ueberseeschwimmungen weiter Gebiete sind überwunden durch riesige Staubecken.

Anders in der Wirtschaft. Auch hier kann man Entwicklungstendenzen nicht künstlich in ihr Gegenteil verkehren. Aber man braucht sie nicht hemmungslos sich auswirken zu lassen ohne Rücksicht auf das Wohl von Hunderttausenden. Wirklichen Gesetzen der wirtschaftlichen Entwicklung kann man nicht entgehen, aber wenn man „Wirtschaft“ nicht gleichsetzt mit Kapitalisteninteresse, wird man wirklich Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung anders beurteilen, als b. er nur egoistisch auf Profit eingestellte Unternehmer dies tut oder wenigstens ihre Eiden und Härten abschleifen.

Ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit von Zehntausenden, ja teilweise unter freier Nichtachtung der Gesetze, legt man an der Ruhr Gruben still und bereitet „vorsorglich“ weitere Stilllegungen vor. Endgültig stillgelegt sind alle Gruben III und Bergmann. „Vorübergehend“ stillgelegt sind neun weitere Zechen. „Fürsorglich“ Anträge auf „Einschränkung“ haben dreizehn Zechen gestellt. Unter den „vorübergehend“ stillgelegten befindet sich Wiendahlbank seit dem 15. August. Diese Stilllegung erfolgte „vorübergehend“, ohne Beachtung der noch geltenden Vorschriften der Demoschismungsbestimmungen.

Die neueren Stilllegungsskizzen der Luxemburgischen Bergwerks-A.G. und was sonst noch über solche Pläne bekannt wird, haben im Ruhrgebiet die größte Erregung ausgelöst. Mit Recht, denn wenn der nackte Profitgeist, aus dem diese Maßnahmen geboren sind, sich durchsetzt, beherrscht er Hunger und Elend für Zehntausende, das Sterben vieler Gemeinden an der Ruhr.

angaben der Unternehmer finden Glauben bei der Regierung und in der Presse. Dabei geschieht alles, um die Betriebsvorgänge für die Arbeitnehmer zu verschleiern, das Betriebsrätegesetz illusorisch zu machen. Besondere Gesetze brachten Arbeitnehmer in die Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften und Berggewerkschaften. Das Reichsgericht entscheidet: Wenn eine solche Gesellschaft ihre Satzungen usw. ändert, um den Aufsichtsrat, in dem nun auch Arbeitervertreter sitzen, bestimmte Aufgaben zu entziehen, so ist das berechtigt.

Wir werden Einzelheiten zu dieser Stilllegungssaktion noch besprechen, Zahlen der Unternehmer beleuchten und entkräften. Soviel steht heute schon fest: Die Stilllegungssaktion, besonders auch die der Luxemburgischen A.-G., wird durch die wirkliche Lage dieser Gruben nicht gerechtfertigt. Wenn die Interessengemeinschaft Selbstkosten-Zugungsbund der Zechen der letzteren Gesellschaft die Kostlieferungen für die Union usw. entzieht, wenn man künstlich mindere Rentabilität für die Zechen schafft, so sind keine genügenden Gründe für die Stilllegung.

Nach der Debatte über diese Frage im preußischen Landtag haben eine Reihe Konferenzen stattgefunden, an denen Delegationen von Arbeitnehmern, Gemeindevorsteher, Amtmänner und Landräte aus dem Ruhrgebiet teilnahmen. So mit dem preußischen Handels-, Innen- und Wohlfahrtsministerium, dem Reichswirtschaftsministerium, Reichskohlenrat usw. An ihnen nahmen Teil unsere Kameraden Hüfemann, Limbertz, Fankel, die Abg. Klupf und Stegen. Alle Stellen erklärten sich bereit, zu helfen. Das Oberbergamt Dortmund wird mit den betreffenden Gesellschaften über die Sanausschließung der Entlassungen verhandeln, die Eisenbahn soll zu größeren Bestellungen an die betreffenden Zechen veranlaßt werden, die Frage der Kohleneinfuhr und vieles andere soll geprüft, die Frage des einseitigen Verbots von Ueberfrachten über die tarifliche Arbeitszeit hinaus soll besprochen werden.

Dieser Weg braucht nicht gegangen zu werden und er wird nicht gegangen werden, wenn die Bergarbeiterschaft selbst erkennt, was hier auf dem Spiele steht!

Volkswirtschaftliche Rundschau. Der Anteil der Löhne am Preise des Produkts.

In Nr. 3, Jahrgang 1924 der von der „Frankfurter Zeitung“ regelmäßig herausgegebenen „Wirtschaftskurve“ ist unter obigem Titel eine Uebersicht über den Lohnanteil am Produktionspreis der Artikel der Textilbranche erschienen. Es heißt dort u. a.:

Ein Uebersicht über die nachfolgenden, uns von Herrn Georg Landauer (Mugsdorf) zur Verfügung gestellten Ergebnisse der Untersuchung in Spinnerei und Weberei zeigt, daß für drei Warenarten der Anteil der Löhne am Verkaufspreis, verglichen mit der Vorkriegszeit, sehr stark zurückgegangen ist, sich aber im Jahre 1924 dauernd langsam erholt hat. Der Anteil betrug im Juli 1921 immer noch nur knapp die Hälfte des Vorkriegsanteils. Dabei stehen die Löhne und Gehälter pro Meter absolut etwas über den Vorkriegsentsprechungen, so daß der starke Rückgang des Lohnanteils auf die bedeutend stärkere Steigerung des Verkaufspreises auf das rund 2½fache der Vorkriegszeit zurückzuführen ist. In dieser Richtung müssen also die Gründe der Verteuerung der Produkte gesucht werden, wofür die Erhöhung des Baumwollpreises auf das rund 2½fache in der Hauptsache gewirkt hat.

Hieraus geht überdeutlich hervor, daß das Geschrei der Unternehmer, wonach die Steigerung der Löhne ein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung ist, vollkommen sinnlos ist. Allerdings weist diese Untersuchung auf eine bedeutungsvolle Tatsache hin: die starke Steigerung der Baumwollpreise, die bekanntlich zu einem großen Teil der systematischen Verminderung der Baumwollanpflanzung seit dem Jahre 1920 zuzuschreiben ist.

Nachrichten aus der Montanindustrie. Anilinonzern - Rheinthal.

Der Anilinonzern hat eine Vereinbarung mit Rheinthal getroffen, um seine Kohlenbasis zu vergrößern. Der Anilinonzern ist nach der Eisenbahn der größte Kohlenverbraucher Deutschlands. 1907 hatten die Chemischen Werke Levetufen und die A.-G. für Anilinfabrikation die Zechen Auguste Viktoria erworben. Da heute keine Zechen kaum noch zu haben sind, schloß sich der Anilinonzern dem Rheinthal-Stüttenonzern an, dem nun der Verbrauch des Anilinonzerns als Selbstverbrauch angerechnet wird. Es kommen bei Rheinthal in Frage die Zechen Braßert, Zentrum I/III, II/V, Arenberg Fortsetzung und Frühliche Morgenzone.

Luxemburgs Bergbau- und Hüttenwesen 1923.

Table with 4 columns: Year, Menge, Gesamtwert, je Tonne. Data for 1913, 1922, 1923 regarding iron production and value in Luxembourg.

Soziales Recht • Arbeiterversicherung. Gesetzliche Arbeitslosenversicherung in Polen.

Am 1. September 1924 trat in Polen ein Gesetz über die Versicherung der Arbeitslosen in Wirksamkeit. Der Versicherung unterliegen Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter über 18 Jahren, welche in Industrie, Handels-, Transport-, Güter- und Bergwerksunternehmungen sowie in sonstigen, wenn auch nicht auf Gewinn berechneten Betrieben eingestellt sind, sofern solche Unternehmungen mindestens sechs Arbeiter beschäftigen. Geistliche Arbeiter sowie Saisonarbeiter, die weniger als zehn Monate im Jahre arbeiten, sind ausgenommen.

Die Versicherungsbeiträge belaufen sich auf 2 Prozent der ausbezahlten Dienstbezüge und werden auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Weise aufgeteilt, daß ein Viertel des Beitrages, das ist 1/2 Prozent von dem jeweiligen Dienstbezug, vom Lohne in Abzug zu bringen ist und 1/4 des Beitrages, das ist 1/8 Prozent, der Arbeitgeber aus Eigenem zu tragen hat. Die Voraussetzungen einer Arbeitslosenunterstützung sind: 1. eine im letzten Jahre vor dem Eintreten der Arbeitslosigkeit mindestens 20 Wochen dauernde Anstellung; 2. Anmeldung beim Arbeitsvermittlungsamte binnen vier Wochen vom Tage der eingetretenen Arbeitslosigkeit; 3. Ablauf von zehn Tagen seit der erfolgten Anmeldung. Die Unterstützung beträgt für einen alleinlebenden Arbeitslosen 30 Prozent, für einen Arbeitslosen, der für eine Familie von zwei Personen zu sorgen hat, 35 Prozent, bis zu fünf Personen 40 Prozent und über fünf Personen 50 Prozent des Verdienstes.

Aus den Berggewerbegerichten.

Willkür oder Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen?

In seiner Sitzung vom 27. August fällt das Berggewerbegericht Dortmund, Spruchkammer III Unna, ein Urteil, das u. E. in direktem Widerspruch zum Betriebsratsgesetz steht. Das Betriebsratsmitglied W., welches von der Zeche Königshorn II nach der Walausperrung, angeblich wegen einer schweren Verfehlung, nicht wieder eingestellt worden war, erhob bei der zu diesem Zweck vereinbarten Schiedsstelle Einspruch gegen seine fristlose Entlassung. Diefem wurde dann auch stattgegeben und die Zeche verurteilt, W. wieder einzustellen. Nach dem Bekanntwerden des Urteils verlangte W. nun für die Zeit zwischen seiner fristlosen Entlassung und der Weiterbeschäftigung die Bezahlung des ihm für 37 Schichten entgangenen Lohnausfalles in Höhe von 200,52 Mk. mit der Begründung, daß er bereits bei der allgemeinen Wiederaufnahme der Arbeit eingestellt worden konnte, wie es in der am 27. Mai in Berlin abgeschlossenen Vereinbarung vorgesehen war. Beklagte Zeche verlangt Abweisung des Klages und sagt, sie sei nicht verpflichtet gewesen, alle Betriebsratsmitglieder wieder einzustellen, zumal, wie in diesem Falle, sich der Kläger einer schweren Verfehlung schuldig gemacht hätte. In der Zeit vom 2. Juni bis zur Fällung des Schiedsspruches (12. Juli) habe ein Vertragsverhältnis mit dem Kläger nicht bestanden. Das Gericht schließt sich dieser Auffassung an und weist den Kläger mit seiner Klage ab und sagt, wenn der Kläger ab 2. Juni wieder einzustellen sei, so müßte dieses im Wortlaut des Schiedsspruches zum Ausdruck gebracht werden. Kläger war daher erst nach dem 12. Juli wieder einzustellen. Also erst fristlos entlassen, Schiedsstelle erkennt den Entlassungsgrund nicht als schwere Verfehlung im Sinne der Vereinbarung vom 27. Mai an und durch das Urteil, welches rechtskräftig war, wird die Zeche verpflichtet, den Kläger wieder einzustellen. Nun hatte aber der Kläger während der ganzen Zeit einen nicht unerheblichen Schaden an Lohnausfall. Soll er diesen nun, der nicht durch seine Schuld entstanden ist, auch noch tragen? Nein! Für diese Fälle hat das BRG. einige Schutzparagrafen. Nach § 88 BRG. ist der Arbeitgeber im Falle der Weiterbeschäftigung verpflichtet, dem Arbeitnehmer, falls inzwischen seine Entlassung erfolgt war, für die Zeit der Entlassung und der Weiterbeschäftigung Lohn oder Gehalt zu gewahren. Sollte das Berggewerbegericht diese Paragrafen nicht kennen oder ignoriert für einzelne Spruchkammern das BRG. nicht? Aber noch nicht alle Berggewerbegerichte scheinen von Unkenntnis des Betriebsratsgesetzes befreit zu sein, denn in direktem Gegensatz zu diesem Urteil stellt sich das Berggewerbegericht Werden, welches sich mit einem ähnlich liegenden Fall zu beschäftigen hatte. Dort wird nämlich in der Urteilsbegründung folgendes gesagt: Nachdem durch Urteil der Schiedsstelle bei dem Oberbergamt Dortmund festgestellt worden war, daß der Kläger, welcher dem Betriebsausschuß angehöret hatte, von der Beklagten zu Unrecht fristlos entlassen wurde und von ihr wieder einzustellen war, regelt sich die Frage der Entschädigung des Klägers für den ihm entgangenen Arbeitslohn nach den Bestimmungen der §§ 96, 89 und 88 des BRG.

Aus der deutlichen Arbeiterbewegung.

Karl Winkelmann †.

Am 28. September starb nach kurzer Krankheit der Vorsitzende des Verbandes der Böttcher, Weinkläner und Hilfsarbeiter Deutschlands im Alter von 58 Jahren. Winkelmann gehörte zu den Pionieren der Arbeiterbewegung. Seit 1885, kaum 20 Jahre alt, kämpfte er mit in den vorbersten Reihen für die Verbesserung der Lage der Arbeiter. In dem Dahingegangenen betrauert wir einen treuen Weggenossen und aufopfernden Kämpfer nicht nur für seine Organisation, sondern auch für die allgemeine Arbeiterbewegung. Ehre seinem Andenken!

Knappschäftliches.

Vorhandssitzung im ARB. am 27. September in Würzburg.

Obwohl die Tagesordnung der Vorstandssitzung am 27. September in Würzburg reichhaltig war, sind Beschlüsse von grundlegender Bedeutung für die Versicherenden nicht gefaßt worden. Schuld daran sind die Vertretter, die, solange das Reichsknappschäftsgesetz nicht nach ihren Wünschen geändert ist, den Versicherungsvertretern auch nicht im geringsten entgegenkommen wollen, wenn es sich um Beschlüsse handelt, die sich zugunsten der Versicherenden auswirken könnten.

Die Verhandlungen mit den Vertretern sind in verschiedenen Bezirksknappschäftvereinen soweit gediehen, daß Verträge zustande gekommen sind. Ein solcher Vertrag wurde für den Brandenburgischen Knappschäftsbundverein dem Vorstand zur Annahme vorgelegt. Da die Versicherungsvertreter den vollständigen Vertrag aber nicht kannten, beantragten sie, daß ihnen zunächst der ganze Vertrag zugestanden würde, damit sie ihn kennen lernen. In der nächsten Sitzung soll dann darüber entschieden werden. Der Schiedsspruch bezüglich der Verträge im Kasseler Bezirk ist abgelehnt worden, weil er nicht rechtmäßig zustande gekommen ist.

Da in einzelnen Bezirksknappschäftvereinen bezüglich der Rechte der Elfaß-Lothringern noch immer einige Zweifel bestanden haben, beschloß der Vorstand, daß über die Bestimmungen des § 2 der Anordnung des Völkerbundes über die Sozialversicherung in Elfaß-Lothringen hinaus allen Elfaß-Lothringern, die bis zum 1. Oktober 1924 von Elfaß-Lothringen nach Deutschland kamen, die Dienstjahre in den Elfaß-Lothringischen Knappschäftvereinen vom Reichsknappschäftsbund übernommen werden.

Weiter wurde beschlossen, daß die Kosten für ärztliche Gutachten für Leute, die nicht Mitglieder der Krankenkasse sind, bei Antragstellung auf Invalidisierung vom Reichsknappschäftsbund zu tragen sind, wenn der Antragsteller zu dem Arzt geht, den ihm die Knappschäftsbund bezeichnet.

Eine längere Debatte zwischen dem Vorsitzenden und den Versicherungsvertretern entspann sich über die Beurteilung der Knappschäftspflicht verschiedener Betriebe. Die Kommission, die hierüber die Gutachten zu erstatten hatte, ist hinsichtlich der Beurteilung der Knappschäftspflicht einiger Hauptbetriebe von Bergwerksbetriebe erwidert worden.

Die Aufhebung des Kindergeldes für Kinder von Invaliden auf 1 Mark monatlich pro Kind, welche die Verbandsvorstände in der vorigen Sitzung beantragten, wurde von den Vertretern abgelehnt.

wird, daß die Steigerung der Teuerungszulage über 25 Dienstjahre vorzunehmen ist. Durch dieses Urteil wird also die Rechtsauffassung der Versicherungsvertreter bestätigt. Als die Vertretter auch jetzt noch nicht anerkennen wollten, daß die Steigerungen über 25 Dienstjahre bezahlt werden müssen, gab Kamerad Viktor eine Erklärung ab, worin er feststellte, daß die Versicherungsvertreter stets die Auffassung vertreten haben, daß für die Dienstjahre, die über 25 Jahre hinausgehen, die Steigerungen der festen Rente als auch der Teuerungszulage gewährt werden müßten. Die Belastung, die sich dadurch für den Reichsknappschäftsbund ergäbe, wäre geringer geworden, als bei Versagung der Steigerung, weil nicht jeder, der die Bedingung nach § 26 des Reichsknappschäftsgesetzes erfüllt hat, seine Invalidisierung beantragen würde, wenn er durch längere Beitragszahlung seine Rente über die 40 Prozent des Hauerdurchschnittslohnes steigern könnte. Die Vertretter bestanden darauf, daß die Verwaltung gegen das Urteil des Knappschäftsbund-Oberverwaltungsamts Dortmund Revision einlegen solle. Nach ihrer Auffassung wäre das Urteil nicht vollstreckbar, weil es Summen nicht nennt, die zu zahlen sind. Wenn die Vertretter nicht auch beim Reichsversicherungsamt hereinfallen wollen, so ist es höchste Zeit, daß sie sich über die Steigerungssätze nach 25 Dienstjahren mit den Versicherungsvertretern verständigen.

Internationale Rundschau.

Landarbeiterinternationale.

Am 17. September wurde in Berlin der 3. Internationale Landarbeiterkongreß eröffnet. Es waren Vertreter auswendig der Landarbeiterorganisationen in Großbritannien, Holland, Oesterreich, Deutschland, Polen, Dänemark, Lettland und der Tschechoslowakei mit insgesamt 450 000 Mitgliedern. Nicht vertreten waren die Organisationen von Italien, Frankreich und Schweden.

Der Kongreß beschäftigte sich u. a. mit folgenden Fragen: Die Arbeitszeit in der Landwirtschaft; gesetzliche Mindestlöhne; die Frage der Wanderarbeiter; die Wohnungsfrage; die Frage der Kleinbauern. In der Debatte über den Geschäftsbericht wurde darauf hingewiesen, daß die Tätigkeit des bisherigen Sekretärs wegen der Finanzschwierigkeiten nicht befriedigend genannt werden konnte. Bezüglich der Frage der Aufnahme der russischen Landarbeiterorganisation in die Internationale wurde der bisherige Generalsekretär einmütig als Kandidat für die Stelle für die nächste Sitzung ernannt. Man einigte sich auf die Feststellung, daß kein Anlaß zur Änderung dieses Standpunktes vorliegt, solange nicht der Internationale Gewerkschaftsbund eine andere Einstellung zu den russischen Gewerkschaften wählt.

Dem von der Finanzkommission gemachten Vorschlag auf Festsetzung des Jahresbeitrages auf die Internationale auf 20 Gulden pro 1000 Mitglieder stimmte der Kongreß debattelos zu.

Auf Vorschlag von Walker (England) wurde beschlossen, den Sitz des Sekretariats von Holland nach Berlin zu verlegen. Zum internationalen Sekretär wurde Schmidt ernannt.

In einer vom Kongreß angenommenen Entschließung wird der Bemerkungssatz des Internationalen Arbeitsamtes erwidert, die Frage der Arbeitszeit in der Landwirtschaft auf die Tagesordnung der nächsten Internationalen Arbeiterkonferenz zu setzen.

Vollentscheid über den Achtstundentag.

Ein Aufruf der Gewerkschaften.

Die drei freigewerkschaftlichen Spitzenverbände: ADGB, AFA und AÖG, erlassen einen Aufruf, in welchem die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten zu höchster Bereitschaft in der Frage des Achtstundentags aufgerufen werden. Nachdem ein Hinweis auf die völlig unzureichende Haltung der Regierung und des Reichstages in der Frage der Ratifikation des Washingtoner Abkommens gegeben wird, heißt es in dem Aufruf u. a.:

„Die Gewerkschaften haben den Vollentscheid über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorbereitet. Da der Vollentscheid sofort durchzuführen ist, wenn der Reichstag bei der Schaffung der Weisung verlangt, müssen die bereits eingeleiteten Heftsammlungen zur Ledung der erheblichen Kosten des Vollentscheidens mit der größten Beschleunigung fortgesetzt und durchgeführt werden.“

Kein Arbeiter, Angestellter, Beamter darf sich der Pflicht entziehen, seinen Beitrag für die Finanzierung des Vollentscheides zu leisten. Für die deutschen Arbeitnehmer gilt der Kampf um den Achtstundentag gleichzeitig der Sicherung einer sozial gerechten Verteilung der Reparationslasten. Darüber hinaus kämpfen die deutschen und die ausländischen Gewerkschaften gemeinsam für den kulturellen Aufstieg der Arbeiter, Angestellten und Beamten der Welt.“

Aus dem Kreise der Kameraden.

Unsere Toten.

Bückeburg. Am 20. September geriet der Kamerad Ernst Spanuth auf Zeche Reichen bei Wenden unter herabfallendes Gestein und verunglückte dabei tödlich. Wir verlieren in ihm einen lieben und aufrechten Kameraden. Ehre seinem Andenken!

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Bergarbeiter und Kartoffelverjorgung.

Während in früheren Jahren die Werkverwaltungen Lohnvorschüsse zur Beschaffung von Winterkartoffeln gewährten und in vielen Fällen sogar die Verteilung der Vorschüsse selbst bewerkstelligten, lehnen im Ruhrgebiet die Vertreter des Bergarbeiterbundes ab, in diesem Jahre irgendwelche Vorschüsse aus eigenen Mitteln zu gewähren. Als Grund hierfür wird die schlechte finanzielle Lage der Werke angegeben. Die Unternehmensvertreter haben lediglich die Bereitwilligkeit ausgesprochen, von anderer Seite gestellte Mittel zur Auszahlung zu bringen bezw. den eventuell zur Auszahlung gelangten Betrag vom Lohn wieder abzuhalten. Unser Verband hat sich deshalb bereits unterm 19. September in einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister gewandt, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß für die Bewerkschaffung Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Münster und Amsberg wurden um Unterstützung dieser Eingabe gebeten, was zugestimmt wurde.

Nunmehr haben die vier Bergarbeiterverbände am 3. Oktober noch gemeinsam eine diesbezügliche Eingabe an den Reichsarbeitsminister gemacht. In beiden Eingaben ist wegen der Niedrigkeit des Lohnes und den hohen Preisen auf die Unmöglichkeit der Kartoffelverjorgung hingewiesen. Es bleibt abzuwarten, welcher Erfolg den Eingaben beschieden ist.

Neue Mietsätze für Bergmannswohnungen im rheinisch-westfälischen Steintohlenrevier.

Zur Deckung der Mehrausgaben für die Hauszinssteuer ist auf Grund einer Verordnung des Wohlfabrikministers die gesetzliche Miete von 62 auf 66 Prozent der Friedensmiete erhöht worden. Infolgedessen erhöhen sich auch die Mieten für Bergmannswohnungen im Bereich der Treuhänderstelle Essen ab 1. Oktober um 10 Prozent. Im einzelnen beträgt die Miete nach Größe der Wohnung und des Ortes:

Größe der Wohnung	bis 10000	von 10000 bis 100000	über 100000
35-35 qm	6,60 Mk.	7,70 Mk.	8,80 Mk.
von 35-40 "	7,70 "	8,80 "	9,90 "
" 40-45 "	8,80 "	9,90 "	11,- "
" 45-55 "	11,- "	12,- "	13,20 "
" 55-65 "	13,20 "	14,30 "	15,40 "
" 65-75 "	15,40 "	16,50 "	17,60 "
" 75-85 "	17,60 "	18,70 "	19,80 "

Vorstehende Sätze gelten für das Reichen-, Doppel- oder Einfamilienhaus mit zwei Familien. Für Häuser mit mehr als zwei Familien ermäßigt sich die Miete der vorstehenden Sätze um 5 Prozent. Für das Einfamilien- oder Doppelhaus erhöhen sich die Sätze um 5 Prozent.

Der Ausschluß der Ausgeschlossenen.

In der kommunistischen Zeitung „Waz“ (Ersch. für das „Rubr-Echo“ - Red.) finden wir in der Nummer vom 21. September 1924 folgende Notiz:

Ausschluß aus dem Verband.

Essen. Durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 20. September werden Wilhelm Pappenhoff, Postherausgeber, Aldegewerstraße 20, Fritz Sellert, Kran-Nord, Markt 15, wegen Verletzung von Streikbrucharbeiten an der „Börse“ während der Aussperrung der Bauarbeiter ausgeschlossen.

Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter.

Verwaltungsstelle Essen. J. A.: Reinhold.

Der Verband der „ausgeschlossenen Bauarbeiter“ erachtet es also für ausgeschlossen, daß die beiden Streikbrecher Pappenhoff und Sellert, die einstmals auch vom Deutschen Bauarbeiterverband ausgeschlossen wurden, im Verband der „ausgeschlossenen Bauarbeiter“ weiter vertreten können. Wie recht ist also der Deutsche Bauarbeiterverband, als er diese beiden „Ausgeschlossenenverbändler“ damals ausschloß? Und wie müde die jetzt Ausschließenden über den damaligen Ausschluß durch die „reformistischen Umstürzler“ geschimpft haben! Auf jeden Fall hätte sich der Verband der „ausgeschlossenen Bauarbeiter“ diesen Ausschluß ersparen können, da der Bauarbeiterverband nach Feststellung auch der neuesten Sachlage betr. des Streikbruchs demnach mit seinem Ausschluß vollkommen richtig gehandelt hatte.

Ob der „revolutionäre“ Plan hinterhältiger Streikbrecherarbeit nur diese beiden „Ausgeschlossenen der Ausgeschlossenen“ befallen hatte?

Wir halten das für ausgeschlossen, denn es wird noch mancher Ausschluß „Ausgeschlossener“ durch den Verband der Ausgeschlossenen erfolgen!

Bücher und Schriften.

Die Organisationen der Unternehmer von Dr. Otto Zuhrt, Verlag: Zentralverband der Angestellten, Berlin, Brotschür 48 Seiten, Preis 1,20 Mk. Auslieferung für die Mitglieder der Arbeiterorganisationen durch die Verlagsgesellschaft des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes, Zornimmentschlungen, Berlin S 14, zum Organisationspreis von 70 Pf.

Wer gezwungen ist zu kämpfen, muß die Kräfte seiner Gegner kennen. Die Arbeitnehmer müssen wissen, in welcher Weise die Arbeitgeber ihre Macht zusammengefaßt haben. Tiefe Zusammenfassung wird in der vorliegenden Arbeit des Arbeitersekretärs von Staffe, Kollegen Zuhrt, geschildert. Es handelt sich nämlich um seine Einzeldarstellung, sondern um einen Ueberblick. Wesen und Aufgaben der verschiedenen Arten von Unternehmerorganisationen sind sehr gut geschildert. Der Text wird durch Tabellen unterstützt. Die Schlussfolgerungen im letzten Abschnitt: „Die Organisation der Wirtschaft“, sind sehr beachtlich. Wie ein roter Faden zieht sich durch die ganze Broschüre die Mahnung an die Arbeitnehmer: Schafft starke Gewerkschaften und eine starke politische Partei, wenn ihr den Unternehmern mit gleichen Waffen entgegenzutreten wollt!

Die Broschüre eignet sich auch als Referententmaterial. Die Anschaffung kann nur empfohlen werden.

Die internationale Sozialgesetzgebung.

Zwischen ist eine ca. 100 Seiten starke Broschüre über die neuen Tendenzen der Sozialgesetzgebung erschienen, die den Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, J. Ludegast, zum Verfasser hat. Die Schrift ist hauptsächlich für ein internationales Publikum bestimmt. Der Verfasser legt vor allem dar, wie eine Sozialgesetzgebung, die den Forderungen der Arbeiterklasse in der Nachkriegszeit entsprechen soll, beschaffen sein muß. Es genügt nicht, daß die reaktionären Maßnahmen der Unternehmer und Regierungen abgelehrt werden, sondern es muß gleichzeitig mit dem Aufgehob aller Strafen für den Ausbau der Sozialgesetzgebung Sorge getragen werden.

Die Schrift beschäftigt sich ferner in ausführlicher Weise mit dem Vereins- und Versammlungsrecht, dem Achtstundentag, der Wohnungsfürsorge, der Sozialversicherung und dem Arbeitsunfallrecht.

Der Broschüre sind Berichte aus dreizehn Ländern aus der Hand von Sachkundigen über den Stand der Sozialgesetzgebung nach dem Kriege beigelegt.

Diese Publikation erscheint auch in französischer, englischer und holländischer Sprache. Der Preis der deutschen Ausgabe beträgt 2 Mk. Bestellungen nunmehr für Deutschland die Verlagsgesellschaft des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Instraße 6, entgegen.

Die Arbeiterjugendbewegung.

Einführung in ihre Geschichte, 111. Teil. Von Karl Horn. 135 S., Preis 75 Pf. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Der neuste und letzte Band der Geschichte der Jugendbewegung führt uns mitten hinein in die Kämpfe der Gegenwart. Geschichte der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart zu schreiben, ist immer ein Wagnis. Es gehört dazu ein ganzer Apparat, ein Forscher und Geschichtler, der die Objektivität des Historikers mit der Subjektivität eigenen Urteils zu verknüpfen versteht. Hier ist beides in einer ganz einzigartigen Einheit vorhanden. Tatsachen sprechen, Probleme stellen sich auf — mit innerer Notwendigkeit erwacht das Ringen der Jugendbewegung aus der Zeit heraus, und doch führt man auf Schritt und Tritt das eigene Urteil des Verfassers, das die Entzweiung von dem Wesentlichen und Zukunftsweisenden zu sondern befreit ist. Die Geschichte der jüngsten Vergangenheit, gesehen im Spiegel ihrer Jugend — hier ist sie. Keiner, der diese Vergangenheit zu verstehen, zu schildern sucht, kann daran vorübergehen.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 41. Woche (vom 5. bis 12. Oktober) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Laut den Bestimmungen des § 6 des Verbandsstatuts werden folgende Mitglieder aus dem Verbands ausgeschlossen: Emil Schrott, Jobsthe Göslar (S-Nr. 148080); Philipp Sichert, Jobsthe Göslar (S-Nr. 911959); Heinrich Köhrling, Jobsthe Göslar I (S-Nr. 29422); Johann Lohmann, Jobsthe Göslar (S-Nr. 32999); Richard Wilczok, Jobsthe Göslar (S-Nr. 74848); Josef Wrobel, Jobsthe Kößberg (S-Nr. 991924).

Wegen Verstoß gegen den Beschluß der Generalversammlung in Gießen werden folgende Mitglieder ausgeschlossen: Alfred Vogt, Jobsthe Ober-Altwasser (S-Nr. 646153); Paul Schröder, Jobsthe Ober-Altwasser (S-Nr. 148262).

Vernburg. Das Verbandsbureau ist von Vernburg nach Cöthlen (Gewerkschaftshaus) verlegt. Alle Postsendungen sind nunmehr an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Cöthlen, Schillerstr. 1, zu richten.

Der ungarische Bergarbeiterverband braucht die Adresse eines nach Deutschland ausgewanderten Kameraden mit Namen Adolf Zimmermann. Er oder Kameraden, denen sein Aufenthalt bekannt ist, wollen dieses der Redaktion melden.

Bühnerevision.

Dortmund II. Vom 15. Oktober bis 1. November. — Gladbeck I. Im Oktober.

Knappschäftsbüro-Kommission Essen. Sonntag, den 12. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Eisensteidts zu Rütten.

Fordert in euerm Konsumverein nur Waschlittel mit der Marke GEG



Dieses genossenschaftliche Erzeugnis hält jedem Vergleich mit Waren der Privatindustrie stand

GROSSEINKAUFS-GESELLSCHAFT DEUTSCHER CONSUMVEREINE M.B.H., HAMBURG 1 / SEIFENFABRIK DÜSSELDORF

Achtung! Preisabbau! Fahrrad-Bereifung Wulstdecken 28 x 1 1/2, prima grau... 3,- Mk. Bergdecken 28 x 1 1/2, extra pa. weiss 4,- ... Elektr. Lichtmotor, komplett... 14,- ... E. H. Meyer, Gummiwarenvertrieb Frankfurt a. M. 1, Schleifbach 206

1 gutes solides Taschenmesser und 1 Br. Manth. Röhle (Zulamuster) vollt. umsonst erhält jeder gegen Einsendung dieses Inseratenausschnittes bei gleichzeitiger Bestellung einer Uhr. Ich biete an: Echte dt. Herrenuhr Nr. 4, hart bern., 30täg. Wert, genau geb., für nur 4,- Mk. ... Preis 1,50 Mark und Porto.

Neu erschienen! Aus der Geschichte Neu erschienen! des sächsischen Bergbaues und seiner Arbeiter Zur 50jähr. Erinnerung an die Gründung der sächs. Bergarbeiterorganisation. ... H. Hansmann & Co., Bochum

Als Bergmann auf Spitzbergen. Reiseindrücke und Erlebnisse von Frdr. Waldhacker jun. In neuer Auflage erschienen. Preis 30 Pfg. H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42

herausragend bewährt bei: Jogal Gicht, Grippe, Rheuma, Nerven- und Ismias, Kopfschmerzen. Jogal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus. Best. 64,3% Acid acet. salic., 0,406% Chinin, 12,6% Lith. ad 100 Amyl.

Gewerkschafts-Zeitung Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Redakteur: Paul Umbreit Unterrichtet wöchentlich über die Ereignisse in der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und im Auslande. ... Preis monatlich 40 Pfennige

Meine Seele singt Preis 75 Pf. Gesammelte Gedichte von Victor Kalinowski Preis 75 Pf. H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str.

Volksfürsorge

Gemeinnützlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft

Wer seine teuer erworbenen Groschen dem Kapitalisten zuführt, stärkt deren Macht und verjüngt sich an seinen eigenen Interessen. Wer aber am Ausbau des großen sozialen Wertes mitwirkt, fördert sein eigen Wohl und das seiner Kinder.

DREI GEBOTE für die organisierten Verbraucher:

1. Kaufe alles im Konsumverein,

was im Haushalt gebraucht wird und was der Konsumverein anbietet. Wenn die Umsätze steigen, wird das Warenlager schneller umgesetzt, es kann schneller bezahlt werden, die hohen Bankzinsen bleiben erspart, die Unkosten ermässigen sich. In gleichem Masse steigen die Uberschüsse, vermehrt sich das eigene Betriebskapital, wachsen die Vorteile für die Mitglieder!

2. Stärke das eigene Betriebskapital!

Der Grundsatz der Selbsthilfe hat die Konsumvereine zu grossen Wirtschaftsorganisationen werden lassen. Die Geldentwertung hat das aus vielen tausend kleinen Teilen bestehende eigene Betriebskapital aufgezehrt. Es mussten und müssen noch fremde Geldmittel in Anspruch genommen werden, die mit erheblichen Zinslasten verbunden sind, welche naturgemäss die Warenpreise ungünstig beeinflussen. Jetzt aber muss es heissen: Zurück zur Selbsthilfe, schafft wieder eigene Betriebskapital!

3. Alle Spargelder nur dem Konsumverein!

Wer in der Lage ist, sparen zu können, soll diese Gelder nur der Sparkasse seines Konsumvereins zuführen, welche die denkbar günstigsten Zinssätze gewährt und die grössten Sicherheiten bietet. Jeder Spargroschen, in privaten oder sonstigen Sparkassen angelegt, bedeutet eine Stärkung der Privatwirtschaft und demzufolge eine Schwächung der Gemeinwirtschaft, deren Ausbau und Vervollkommenung das Ziel aller organisierten Verbraucher sein muss.

- Konsumverein „Eintracht“, Essen, Duisburg, Gelsenkirchen 90 000 Mitglieder — 160 Verteilungsstellen. Konsumverein „Wohlfahrt“, Bochum 42 000 Mitglieder — 90 Verteilungsstellen. Konsum- und Sparverein Dortmund-Bamm, Dortmund 50 000 Mitglieder — 105 Verteilungsstellen. Konsumgenossenschaft „Vorwärts-Befreiung“, Barmen, Elberfeld, Velbert 60 000 Mitglieder — 130 Verteilungsstellen. Rhein.-Bergische Konsumgenossenschaft „Hoffnung“, Köln 80 000 Mitglieder — 175 Verteilungsstellen.

Drucksachen aller Art liefert sauber preiswert Buchdruckerei H. Hansmann & Co., Bochum i. W., Wiemelhauserstr. 42

Die echte Walthorius Hienfong extrastärke (Destillat) erhalten Sie zu Friedenspreisen in fast allen Apotheken und Drogerien, wo nicht, beim Hersteller Laboratorium E. Walthor, Halle a. S., Mühlweg 20. Probehaare gratis und franco.

Zur Aufzucht junger Kanarienvogel Sommerfaat Marke „Ausgereift“ ... Samenhaus E. C. Kohl, Frankfurt (Main) 4., gegr. 1779

Billige böhmische Bettfedern! 1 Alto graue geschliffene 2,50, halbweiße 3,-, weisse 4,- bis 5,-, bauneweisse 6,-, 7,- und 8,-, beste Sorte 10,- und 12,-, weisse angeblühtene (Ruhfedern) 6,-, 7,50 u. 9,- Gm. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet. Benedikt Zafsch, Lobs 209 bei Pilsen in Böhmen.

Arbeiter-Abstinenzbund Organisation der sozialistischen Antiholopener. (In vielen Städten Ortsgruppen.) Kampfschrift: Der abstinente Arbeiter. Beim nächsten Postamt bestellen. Vierteljährlich 30 Pfg. Antiholopenerische Literatur, Flugblätter, Plakate, Lichtbilder durch die Geschäftsstelle des Deutschen Arbeiter-Abstinenzbunds Berlin SO. 16, Engelauer 24.

Kernledersohlen (extra prima) in allen Größen von 50 Pfg. bis 2 Mark. Bei Bestellung Schuhgröße angeben. Fr. M. Buohholz, Ballenstedt a. H., Leberverjaub.

Prima Eiderfettkäse 9 Pfd. M. 5,50 franko liefert Dampf-Käsefabrik, Rendsburg 136. Mitgliederbuchertuttele Preis 10 Pfg. H. Hansmann & Co., Bochum.

Sächsische Bettfedern- und Betten-Fabrik Paul Hoyer, Delitzsch (Provinz Sachsen) Angerstrasse 4 sendet Ihnen wiedergenauso gut wie früher, auch äusserst billig Federn u. Inletts. Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben und Preisliste umsonst u. portofrei. Für dortigen Bezirk Vertreterstelle frei.

Qualitäts-Betten von prima hochfein echtrot u gestreift Bettkörper m. zartweicher, reichlicher Federfüllung. Große Oberbetten mit 7 Pfd. zartweicher Federfüllung 18,50, 19,50, 24,50 G.-M. Große Unterbetten mit 6 Pfd. zartweicher Federfüllung 15,50, 18,50, 23,50 G.-M. Große Kissen m. 2 Pfd. zartweicher Federfüllung 4,50, 5,50, 6,50 G.-M. Bettfedern 125, 2-, 2,50, 3,50 G.-M. Halbdaunen 4,50, 6,50, 7,50 G.-M. Daunen 9,50, 11,50, 13,50 G.-M. p. Pfd. nur staubfreie, frische Qualitäten. — Kein Risiko. Nichtgefallen Umtausch oder Kaufpreis zurück. — Tausende von Kunden Nachbestellungen und Dankschreiben. Bettenfabrik und Bettfedern-Großhandlung A. u. M. Frankrone Cassel Nr. 39.

Bandwurm, Spul- und Madenwürmer entz. dem Körper d. best. Säfte, der Mensch wird blutarm, nervös, elend und schlapp. Weiblich u. blutarme Frauen u. Mädchen, Magen- u. Weichstuhlflecken, sowie nervöse Personen usw. leiden in den meisten Fällen an Eingeweidewürmern, erkennen aber ihre Krankheit nicht. Heutebedarf jeder der so teuren Lebensmittel für sich u. dafür diese nicht d. den Wurm. geräubt werden. Kauf. Toilet. (K. Porto). Spl. Spezialer. Keine Hungertur. Wurm-Rose, Hamburg 11 a Nr. 75.

Kartoffelverarbeitung zur Einföhrung, gut und preiswert, bejagt Valentin Dietger, Dortmund, Schützenstraße 128. Telefon 6749. — Verbandmitglied Musikinstrumente Preisliste 629 umsonst Edm. Paulus Markneukirchen 629 Welches Instrument interessiert?